

Wir brauchen keine „Gemeinsame Anlaufstelle“

Für eine solidarische Gesellschaft!

Gegen rassistische Polizeigewalt, Ausgrenzung und Verdrängung!

Wie sollen mehr Polizei, Ordnungsamt und Überwachung zu mehr Sicherheit führen? Wir wollen keine Polizeiwache am Bushof und auch keine Videoüberwachung mehr. Mehr Polizei löst keine Probleme und bedeutet immer auch mehr rassistische Kontrollen, mehr Schikanen und Gewalt gegen gesellschaftlich ausgegrenzte Menschen. Dass die Polizei weiter aufrüstet und am Bushof eine dauerhafte Polizeiwache bezieht, stellt für uns keine Lösung, sondern ein weiteres Problem und sogar Bedrohung dar. Probleme wie Armut, Drogenabhängigkeit, Kriminalität und Wohnungskrise werden durch Repression nicht gelöst, sondern verdrängt. Für diese sozialen Probleme braucht es auch soziale Lösungen. Dabei gilt, dass alle Menschen ein Recht auf ein gutes Leben in Würde und Freiheit haben. Statt viele Millionen Euro in Polizeiwache und Überwachung zu stecken, sollten die sozialen Maßnahmen am Bushof ausgebaut werden. Sich so viel Mühe mit Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei zu geben und sich einen tollen Namen auszudenken, der besser klingt als „Bullenwache Bushof“, soll kaschieren, dass die Probleme vor allem in mangelndem Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe für alle, etwa im Bereich Gesundheit, in explodierenden Mieten, Verdrängung und Obdachlosigkeit liegen. Das scheint Sibylle Keupen hier wohl nicht zu interessieren, denn sie billigt die Entstehung dieser neuen Polizeiwache. Eine alternative Nutzung der Räumlichkeiten, z.B. für nachbarschaftlichen und sozialen Austausch oder eine Beratungsstelle wäre wohl eher etwas Zielführendes. Der Innenminister von NRW Herbert Reul, die Polizei und die Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen versuchen die Polizeiwache heute als ein Ort der Begegnung zu verkaufen, es ist und bleibt aber eine Bullenwache, ein repressives Organ, das uns vom Bushof verdrängt, dass uns auf die Finger schaut und uns kontrolliert!

Wir brauchen keine „Gemeinsame Anlaufstelle“!



Reul Rücktritt!

Unter dem Innenminister von NRW Herbert Reul läuft alles schief!

Deswegen ist er in Aachen nicht willkommen. Heute ist er am Bushof auf einer Pressekonferenz, um die „Gemeinsame Anlaufstelle“ abzufeiern und sich als ach so bürgernah und gesprächsbereit zu verkaufen.

Wir fordern, dass Herbert Reul endlich zurücktritt! Er leitet das Innenressort seit 2017, er gilt als kompromisslos, seine Amtszeit ist geprägt von Skandalen um tödliche Polizeischüsse, Ermittlungspannen und behinderte Aufklärung. Er ist mit seiner extrem autoritären und rassistischen Politik hauptverantwortlich für die untragbare Situation. Reul muss weg!

Polizeigewalt, Vertuschung und Repression in Form von Anzeigen gegen Betroffene haben unter Reul System. Nachdem Polizist*innen den 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé in Dortmund ermordeten, verteidigte Innenminister Reul sogar die Beamt*innen und deren Pfefferspray Einsatz. Unser Vertrauen wird er niemals zurückgewinnen, auch wenn Reul immer wieder Aufklärung verspricht. Wir können keine Hoffnung mehr in die Aufklärung durch den Staat stecken. Während der Amtszeit von Reul gab es viele weitere Tote im Zusammenhang mit Polizeibeamt*innen oder in Gewahrsam. In den Fällen von Amed Ahmad oder Mikael Haile blieb die Aufklärung nicht nur aus, sondern wurde aktiv verhindert. . Daten werden manipuliert, Akten verschwinden und Konsequenzen bleiben auch in eindeutigen Fällen aus. Reul ist in der Verantwortung, wenn er mit seiner robusten Law-and-Order-Politik und Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einem aufgeladenen Klima unter seinen ca. 42.000 Beamt*innen beiträgt. Reul hatte jahrelang nach jedem „bedauernswerten Einzelfall“ von rassistischer Polizeigewalt oder neu aufgedeckten Verstrickungen von Bullen in rechten Prepper- oder Chatgruppen strukturelle Probleme bei der Polizei verneint. Dazu kommen Schlampereien bei den Ermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern in Lügde, ein harter Kurs gegen radikale Linke und sogenannte Clankriminalität. Unter Reuls Führung entstanden neue Gesetze für mehr Überwachung und Eingriffe in Persönlichkeitsrechte, welche deutlich weiter gehen als die im vorherigen Polizei- bzw. Versammlungsgesetz und auch als entsprechende Gesetze in anderen Bundesländern.

Unter Reul wurde der Hambacher Forst 2018 rechtswidrig geräumt, wobei ein Mensch gestorben ist. Auch Lützerath wurde durch Reul mit einem martialischen Polizeiaufgebot geräumt – alles nur für die Profitinteressen eines Unternehmens.

Reul inszeniert sich gerne öffentlichkeitswirksam, er kommt zu Einsätzen, lässt sich fotografieren und kommt eben auch heute zur Einweihung einer ungewollten Polizeiwache nach Aachen. Ob bei Fällen von Polizeigewalt auf Demonstrationen, Rassismus oder der Tötung von Menschen bei Polizeieinsätzen: Aufklärung, Mitgefühl, Transparenz? Fehlanzeige!

Reul Rücktritt!